

## **Umweltbezogene Stellungnahmen**



Regierungspräsidium Gießen • Postfach 10 08 51 • 35338 Gießen

Ingenieurbüro Zillinger  
Weimarer Straße 1

35396 Gießen

Geschäftszeichen: RPGI-31-61a0100/3-2015/2  
Dokument Nr.: 2018/104433

Bearbeiter/in: Astrid Josupeit  
Telefon: +49 641 303-2352  
Telefax: +49 641 303-2197  
E-Mail: astrid.josupeit@rpgi.hessen.de

Ihr Zeichen:  
Ihre Nachricht vom: 22.01.2018

Datum 23. März 2018

**Bauleitplanung der Gemeinde Dietzhölztal**  
**hier: 4. Änderung des Bebauungsplanes „In der Heeg II“ im Ortsteil**  
**Ewersbach**

**Verfahren nach § 4(1)BauGB**

**Meine Stellungnahme vom 27.02.2018**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Sicht der von mir zu vertretenden Belange nehme ich zur o. g. Bauleitplanung  
ergänzend wie folgt Stellung:

**Grundwasser, Wasserversorgung**

**Bearbeiterin: Frau Schweinsberger, Dez. 41.1, Tel. 0641/303-4138**

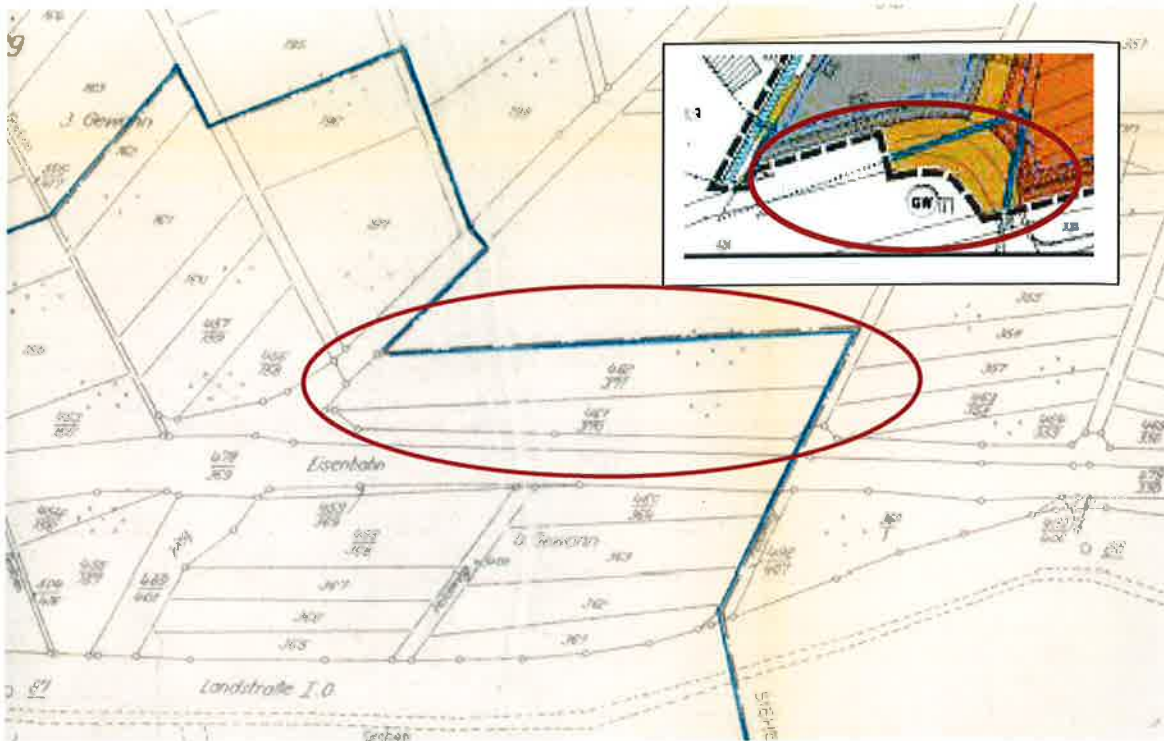
Der Planungsraum liegt innerhalb der Schutzzone III des Wasserschutzgebiets für  
die Wassergewinnungsanlage "Tiefbrunnen im Kamp" der Gemeinde Dietzhölztal  
in der Gemarkung Straßebbersbach. Des Weiteren wird ein kleiner Teil im  
Süd/Wesen (siehe Zeichnung) von der Schutzzone II tangiert.

Hausanschrift:  
35390 Gießen • Landgraf-Philipp-Platz 1 – 7  
Postanschrift:  
35338 Gießen • Postfach 10 08 51  
Telefonzentrale: 0641 303-0  
Zentrales Telefax: 0641 303-2197  
Zentrale E-Mail: poststelle@rpgi.hessen.de  
Internet: <http://www.rp-giessen.de>

Servicezeiten:  
Mo. - Do. 08:30 - 12:00 Uhr  
13:30 - 15:30 Uhr  
Freitag 08:30 - 12:00 Uhr  
oder nach Vereinbarung

Fristenbriefkasten:  
35390 Gießen  
Landgraf-Philipp-Platz 1 - 7





Die entsprechenden Verbote der Schutzgebietsverordnung vom 11.04.1973 (StAnz.24/73 S. 1084) sind zu beachten.

**Industrielles Abwasser, wassergefährdende Stoffe, Grundwasserschadensfälle, Altlasten, Bodenschutz**

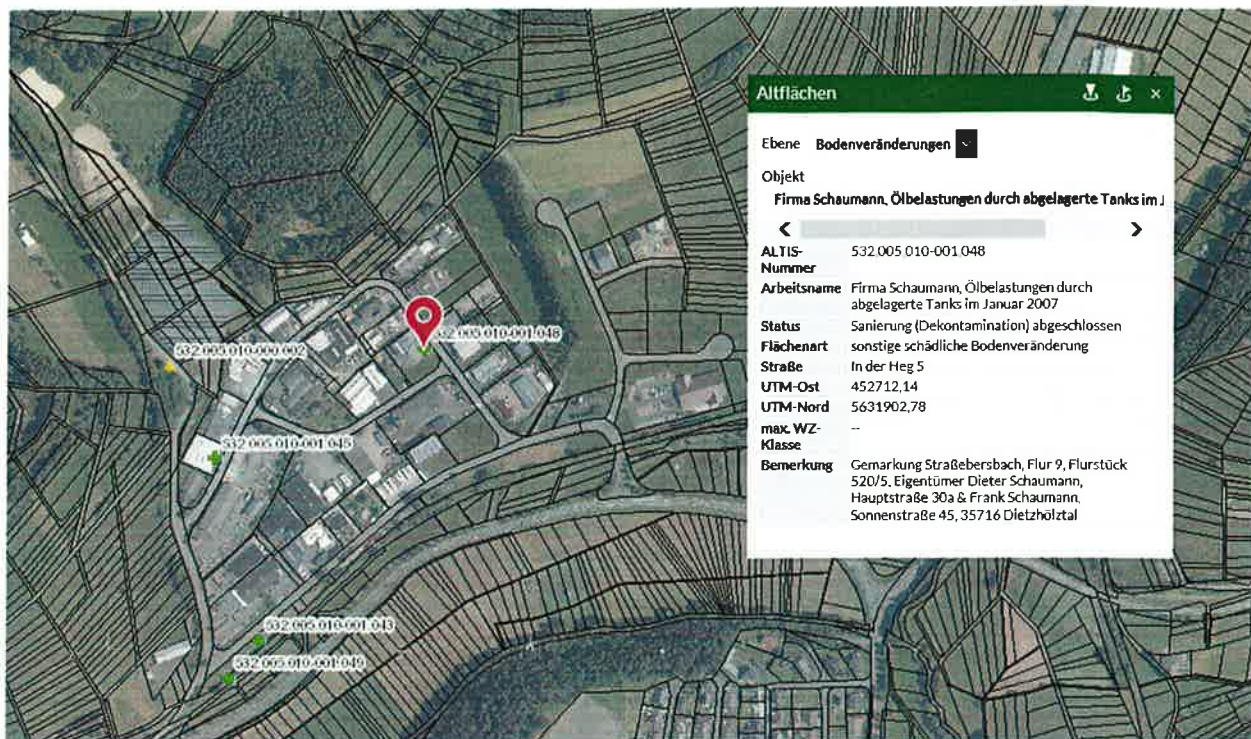
Bearbeiterin: Frau Wagner, Dez. 41.4, Tel. 0641/303-4277

**Nachsorgender Bodenschutz:**

In der Altflächendatei (AFD) des Landes Hessen beim Hessischen Landesamt für Naturschutz, Umwelt u. Geologie (HLNUG) sind alle seitens der Kommunen gemeldeten Altflächen (Altablagerungen und Altstandorte) sowie sonstige Flächen mit schädlichen Bodenveränderungen erfasst.

Nach entsprechender Recherche ist festzustellen, dass sich im Planungsraum keine entsprechenden Flächen befinden.

Jedoch weise ich darauf hin, dass westlich, unmittelbar an den Planungsraum angrenzend, folgende schädliche Bodenveränderung vorliegt:



Schlüssel-Nr.	Gemarkung / Gemeinde	UTM-Koordinaten oder Straße und Hausnummer	Art der Altfläche	Status / Bemerkung
532.005.010-001.048	Dietzhölztal / Straßebach	UTM-Ost: 452712,14  UTM-Nord: 5631902,78	Schädliche Bodenveränderung durch Öl-Tank-Lager	<b>Die Zuständigkeit liegt aktuell bei der UWB des Lahn-Dill-Kreises</b>

Nähere Informationen, insbesondere über Art und Ausbreitung der Schadstoffe sowie die Sanierungsart der o.g. eingetragenen schädlichen Bodenveränderung, erfragen Sie bitte bei der Unteren Wasser- und Bodenbehörde des Lahn-Dill-Kreises.

Da die Erfassung der Grundstücke mit stillgelegten gewerblichen und militärischen Anlagen -soweit auf ihnen mit umweltrelevanten Stoffen umgegangen wurde (Altstandorte)- in Hessen zum Teil noch nicht flächendeckend erfolgt ist, sind die Daten in der AFD nicht vollständig. Deshalb empfehle ich Ihnen, weitere Informationen (z.B. Auskünfte zu Betriebsstilllegungen aus dem Gewerberegister) bei der Wasser- und Bodenbehörde des Lahn-Dill-Kreises und bei der Gemeinde Dietzhölztal einzuholen.

#### Hinweis:

Über die **elektronische Datenschnittstelle DATUS mobile** bzw. **DATUS online** steht den Kommunen ebenfalls FIS-AG (kommunal beschränkt) zur Verfügung. Nach § 8 Abs. 4 HAltBodSchG sind Gemeinden und öffentlich-rechtliche Entsorgungspflichtige verpflichtet, die ihnen vorliegenden Erkenntnisse zu Altflächen dem HLNUG so zu übermitteln, dass die Daten im Bodeninformationssystem nach § 7 erfasst werden können. Dies hat in elektronischer Form zu erfolgen.

Auch die Untersuchungspflichtigen und Sanierungsverantwortlichen sind verpflichtet, die von ihnen vorzulegenden Daten aus der Untersuchung und Sanierung der verfahrensführenden Behörde in elektronischer Form zu übermitteln.

Wenden Sie sich bitte an das HLNUG oder entnehmen Sie weitere Infos sowie Installations- und Bedienungshinweise unter: <https://www.hlnug.de/themen/altlasten/datus.html>.



### Vorsorgender Bodenschutz:

Boden ist wie Wasser und Luft eine unersetzbare Ressource und Lebensgrundlage für Tiere, Pflanzen und Menschen. Der Boden erfüllt vielfältige und essentielle natürliche Funktionen.

In den vorliegenden Unterlagen werden die Belange des Bodenschutzes dargestellt. Es wird zur Versiegelung von Böden kommen, was zu einem Totalverlust der Bodenfunktionen an dieser Stelle führt. Der Verlust an Bodenfunktionen ist bodenspezifisch zu kompensieren. Angemessene Teilkompensationen sind zum Beispiel Entsiegelungen und Erosionsschutzmaßnahmen.

Den Empfehlungen / Anweisungen zum Schutz des Bodens im Umweltbericht ist Folge zu leisten.

### Immissionsschutz II

**Bearbeiter: Herr Meuser, Dez. 43.2, Tel. 0641/303-4421**

Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen erhebliche Bedenken gegen die Änderung des Bebauungsplanes.

Begründung:

Der dauerhafte Aufenthalt von Menschen, findet jetzt schon im rot markierten Gebäude statt.



Quelle: google maps

Die Ausweisung eines Industriegebietes, direkt angrenzend, führt zwangsläufig zu Konflikten.

Die in der Begründung aufgeführten Abstände zur Wohnbebauung, – des Industriegebietes – in Verbindung zu den Abstandsempfehlungen des Leitfadens „Empfehlung für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung und schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung – Umsetzung § 50 BImSchG“ (KAS 18), berücksichtigt nicht den Abstand zum Sondergebiet „Lebensmittelmart“.

Das Sondergebiet „Lebensmittelmart“ ist ein schutzbedürftiges Gebiet im Sinne des § 50 BImSchG. Der geringe Abstand zum ALDI-Markt( < 200m) lässt keine Betriebsbereiche zu, die in der Klasse I der KAS 18 liegen.

Hinweis: Eine generelle Zulässigkeit von Betriebsbereichen für die beschriebenen Gefahrenindizes in der vorliegenden Bauleitplanung wird kritisch gesehen. Für den Fall einer exakten Zuordnung ist eine stoffspezifische Ermittlung des angemessenen Abstandes im Einzelfall unerlässlich.

Der Ansatz der flächenbezogenen Schallleistungspegel entspricht nicht der DIN 18005. Die DIN verlangt einen flächenbezogenen Schallleistungspegel für

- Industriegebiete von tags und nachts mit 65 dB und
- Gewerbegebiete von tags und nachts mit 60 dB anzusetzen.

Das Immissionsgutachten ist nicht geeignet die Einhaltung der Immissionsrichtwerte (Lärm) zu dokumentieren.

Meine Dezernate **41.2** Oberirdische Gewässer/Hochwasserschutz, Dez. **41.3** Kommunales Abwasser/Gewässergüte, Dez. **42.2** Kommunale Abfallwirtschaft und Dez. **44.1** Bergaufsicht wurden von Ihnen im Verfahren nicht beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

  
Josupeit